



Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

- Die Landtagskandidaten -

FDP-Landesverband M-V, Goethestr. 87, 19053 Schwerin

Bündnis „Rette die Familie“
z. Hd. Herrn Dr. Johannes Resch
per Email: Johannes.Resch@t-online.de

Schwerin, d. 05. Juli 2016

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern

hier: Ihre Email vom 06. Juni 2016

Sehr geehrter Herr Dr. Resch,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen des Bündnis „Rette die Familie“. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen:

1. Wie steht Ihre Partei zur ungleichen Bewertung von Erwerbsarbeit und elterlicher Erziehungsarbeit?

- Wird in Ihrer Partei überhaupt erkannt und thematisiert, dass die elterliche Erziehungsarbeit nicht mehr bevorzugt der Alterssicherung der Eltern selbst zugute kommt, wie das früher der Fall war, sondern der Gesamtgesellschaft?
- Wenn ja, sehen Sie einen Weg darin, dass kinderlose Erwerbstätige sich stärker an den Kinderkosten (Sachkosten, elterliche Erziehungsarbeit) beteiligen (z.B. Kindergrundsicherung, Erziehungsgehalt in den ersten Lebensjahren des Kindes), um einen auch ethisch vertretbaren Rentenanspruch gegenüber den erwachsen gewordenen Kindern der Eltern zu erwerben?
- Oder sehen Sie die Lösung eher darin, dass sich kinderlose Erwerbstätige selbst durch Ansparen von Kapital einen Rentenanspruch erwerben, um die nachfolgende Generation weniger zu belasten?
- Oder halten Sie eine Kombination beider Möglichkeiten für den geeignetsten Weg?

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665
Email: m-v@fdp.de; homepage: www.fdp-mv.de
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

Antwort:

Natürlich ist das traditionelle Familienbild von Mehrgenerationenfamilien, in denen Kinder für die Älteren sorgen und umgekehrt heute nicht mehr tragend. Kinder werden in ihrem späteren Erwerbsleben natürlich die Lasten der Alterssicherung der Eltern und Großelterngeneration tragen müssen und gleichfalls für sich selbst vorsorgen müssen, da unklar ist, ob ihre eigene Altersversorgung im Rahmen des alten Rentenversicherungssystems überhaupt noch ausreichen wird. Hier ist es zu einer massiven Verschiebung der Belastung auf jüngere und nachfolgende Generationen gekommen, was dafür spricht, den Generationenvertrag wieder neu zu verhandeln, wie es eine Reihe von Wissenschaftlern und Politikern längst fordern.

Ein Ausgleich kann aus Sicht der FDP M-V nur über die Besteuerung oder eine Verknüpfung von Besteuerung und Rentenversicherung erfolgen. Ein Familiensplitting würde diejenigen stärker belasten, die selbst keine Kinder haben, aus diesem Mehrbeitrag kann die Freistellung der Familien mit Kindern erfolgen, damit mehr Finanzspielraum ist, um selbst für das Alter vorzusorgen.

2. Wie wollen Sie Steuergerechtigkeit für Familien herstellen?

- Wird die steuerliche Mehrbelastung der Eltern in Ihrer Partei als Problem erkannt?

Sie besteht darin, dass zwar das Existenzminimum der Kinder wie bei Erwachsenen auch steuerfrei gestellt wird (durch Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag), aber andererseits auch auf die Kinderkosten Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuern, Energiesteuern) erhoben werden, so dass Eltern in der Regel steuerlich höher belastet werden, als andere, wobei dieser Effekt mit der Kinderzahl zunimmt.

- Wenn ja, wie wollen Sie dem begegnen? (höheres Kindergeld? Kindergrundsicherung? Rückerstattung von Verbrauchsteuern auf die Kinderkosten? Familiensplitting?).

Antwort:

Die FDP hat sich bereits zur Bundestagswahl 2013 programmatisch für ein Familiensplitting ausgesprochen. Danach sollte der gleiche Grundfreibetrag für Kinder und Erwachsene gelten, so dass Familien mit Kindern spürbar von der Einkommensteuer entlastet werden können, die ja gerade Ausdruck der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ist.

Bei den Verbrauchsteuern kann grundsätzlich nicht differenziert werden, weil diese in der Regel gleich bei Verbrauch anfallen, und es praxisfern sein dürfte, zu unterscheiden und zu erfassen, ob der Verbraucher ein Kind oder ein Erwachsener ist. Ein Rückerstattungssystem ist in der Praxis ebenso schwer vorstellbar, allenfalls könnte hier ein pauschalierendes System greifen.

Allerdings steht die FDP für eine umfassende Reform der Umsatzsteuer, dabei sollten die Ermäßigungstatbestände und Befreiungstatbestände für bestimmte Leistungen für Kinder überdacht und angepasst werden.

Generell sollten aber alle familienbezogenen Leistungen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf den Prüfstand gestellt werden. Wirkungslose Instrumente, die Mitnahmeeffekte oder Fehlanreize auslösen, sollten zugunsten wirksamer Maßnahmen umgeleitet werden.

3. Wie wollen Sie die Ungleichbehandlung von selbst betreuenden Eltern gegenüber Eltern, die ihre Kinder bereits nach einem Jahr oder früher in Fremdbetreuung geben, beenden?

- Wird diese Ungleichbehandlung in Ihrer Partei überhaupt als Problem gesehen und thematisiert?
- Wenn ja, wie wollen Sie mehr Gleichberechtigung zwischen diesen Elterngruppen erreichen? (Erziehungsgehalt für alle Eltern von U3-Kindern mit Selbstfinanzierung bei Krippenbetreuung? Einführung eines Betreuungsgeldes auf Landesebene? Wenn ja, in welcher Höhe? Andere Maßnahmen?)

Antwort:

Das Thema wird in der FDP sehr intensiv diskutiert. Gerade für die Freien Demokraten darf es keinen Unterschied machen, welche Betreuungsform die Eltern wählen, ob sie selbst betreuen, ob sie die Kinder in eine Kindertagesstätte betreuen lassen oder bei einer Kindertagespflegeperson.

Die Freien Demokraten warnen davor, hier ideologisch heranzugehen. Im Vordergrund steht das Elternwahlrecht und die beste Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit für das einzelne Kind. Für uns Freie Demokraten geht es auch nicht ausschließlich um die Betreuung, sondern auch um die frühkindliche Bildung, dabei setzen wir nicht auf die gleiche frühkindliche Bildung für alle, sondern auf die besten Bildungsmöglichkeiten für jedes einzelne Kind, da alle unterschiedliche Fähigkeiten und Begabungen mitbringen.

Die FDP hat zum Betreuungsgeld kontrovers diskutiert, zum einen ist das Betreuungsgeld Ausdruck elterlicher Wahlfreiheit, zum anderen gab es erhebliche verfassungsmäßige Bedenken, die dazu führte, dass das Betreuungsgeld auf Bundesebene vom BVerfG gekippt wurde.

Vorstellbar ist für die FDP M-V eine Berücksichtigung von Betreuungszeiten im Wege von Abschlägen der negativer Einkünfte bei der Einkommensbesteuerung, dies gilt im Übrigen nicht nur für die Betreuung und Pflege der Kinder sondern auch für die pflegebedürftiger Familienangehöriger.

Hier sind wir sensibilisiert und werden weiter nach pragmatischen Lösungen suchen und Bundesratsinitiativen anregen.

Wir würden uns freuen, wenn wir diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch diskutieren können. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer
Spitzenkandidatin



René Domke
Landesvorsitzender